

Statement der DSTG-Bundesleitung

„Als Gewerkschaft stehen wir für Frieden, Freiheit und für unveräußerliche Menschenrechte!“

Weitere Themen

Reformpläne für Zinsen auf Nachzahlungen und Erstattungen

Cum-Ex-Deals: Bundesfinanzhof beseitigt letzte Zweifel



Liebe Kollegin, lieber Kollege,

das Wort von der „Zeitenwende“ macht die Runde. Bundeskanzler Olaf Scholz gebrauchte es zuerst in seiner historischen Rede am 27. Februar vor dem Deutschen Bundestag. Er hielt diese Rede aus Anlass des Überfalls von Russland auf die Ukraine. Seither ist nichts mehr so wie zuvor. Zeitenwende – dieser Begriff dürfte das Zeug zum Wort des Jahres 2022 haben.

Für Konflikte gibt es Gründe, aber für Kriege gibt es keine Rechtfertigung. Daher müssen dieser klare Völkerrechtsbruch, diese sinnlose Gewalt und das große Leid der Bevölkerung der Ukraine sofort beendet werden. Ich kann

nur hoffen, dass die russische Führung dies doch noch erkennt und zur Vernunft kommt. Russland kann angesichts der Geschlossenheit der westlichen Welt, der breiten Solidarität mit der Ukraine und der Härte der wirtschaftlichen Sanktionen nur verlieren.

Kommt jetzt eine neue Weltordnung? Müssen wir uns auch in Deutschland von lieb Gewonnenem verabschieden? Viele politische Beobachter bejahen dies. Und in der Tat kommt vieles zusammen. Die Corona-Pandemie bringt täglich neue Höchstwerte an Infektionen, die Inflation steigt permanent, die Energiepreise schießen durch die Decke, Kriegsangst macht sich breit, ein riesiger Flüchtlingsstrom aus der Ukraine macht sich auf den Weg Richtung Westen. Von einer Minute auf die andere wird der Verteidigungsetat massiv erhöht, Atomkraftwerke erfahren vielleicht eine Wiederbelebung, und wir alle stehen mitten in einem Klimawandel, der uns unabsehbare Folgen bescheren wird. Und von einem Tag auf den anderen wurde das Verhältnis zu Russland zerrüttet, ein Zustand, der noch viele Jahre, vielleicht Jahrzehnte anhalten wird. Niemand weiß, ob Präsident Putin noch weitere Begehrlichkeiten in sich trägt.

Ich denke, Deutschland, Europa, wir alle stehen vor einer umfassenden Transformation. Vermutlich müssen wir unsere Art zu leben grundlegend ändern. Es wird darum gehen, ökonomische Abhängigkeiten zu verringern, die eigene Wehrfähigkeit zu verbessern, die internationale Zusammenarbeit neu zu ordnen, Nichtbewährtes über Bord zu werfen, sich auf eigene Stärken zu besinnen und auch innerhalb der deutschen Gesellschaft mehr den Schulterschluss zu üben. Vielleicht haben wir alle einen unbegrenzten individuellen Konsum als eine Art absolutes Freiheitsrecht idealisiert. Aber wo bleibt bei solchem Denken die Gemeinwohlorientierung?

Diese veränderte Lage wird auch Auswirkungen auf den öffentlichen Dienst haben. Dieser öffentliche Dienst wird das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung verstärken. Da bin ich mir sicher. Der deutsche öffentliche Dienst wartet mit einer guten Ausbildung und mit hoher Kompetenz auf. Wo sich Panik breitmacht, ist er ein ordnendes und verlässliches Element. Seine Angehörigen gehören zur Fraktion „zuerst denken – dann handeln“. Das ist nicht bürokratisch, sondern das ist verantwortungsvoll. Die Bevölkerung kann sich auf die Stärke dieses öffentlichen Dienstes verlassen.

Dieser Befund von Stärke und Verlässlichkeit gilt vor allem auch für die Finanzverwaltung. Die Kosten der Pandemie, der Mehrbedarf für die Bundeswehr, die Kosten des Klimawandels, der Ausgleich ökonomischer Schäden durch die Wirtschaftssanktionen gegenüber Russland – all dies muss finanziert werden. In erster Linie durch Steuern. Wir, die Finanzverwaltung, werden noch unverzichtbarer als wir es schon vorher waren. Ohne Moos ist bekanntlich nichts los. Von alleine ginge das Geld vermutlich nur sehr schleppend in der Staats- beziehungsweise Gemeindegasse ein. Die Beschäftigten in der Finanzverwaltung sorgen deshalb für den nötigen Nachdruck – bei manchen mehr, bei anderen reicht ein Weniger. So wie wir es gelernt und im Diensteid geschworen haben.

Mit herzlichen kollegialen Grüßen

Thomas Eigenthaler, Bundesvorsitzender

> DSTG

- ▶ Dauerbrenner Zinsen auf Nachzahlungen und Erstattungen: DSTG unterstützt geplante Neuregelung 4
- ▶ Bundesfinanzhof beseitigt letzte Zweifel: Cum-Ex-Akteure scheitern vor höchstem Steuergericht 5
- ▶ Statement der DSTG-Bundesleitung: „Als Gewerkschaft stehen wir für Frieden, Freiheit und unveräußerliche Menschenrechte!“ 5
- ▶ Die Finanzpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen im Portrait: Jede Menge Finanzkompetenz im Bundestag 6
- ▶ Gewerkschaftstag des DSTG-Landesverbandes Hamburg: Weiter auf Kurs in Richtung Zukunft 8
- ▶ Eigenthaler seit 25 Jahren DSTG-Mitglied: „Man musste mich nicht überreden!“ 9
- ▶ Steuerbeamtenausbildungs- und Prüfungsordnung: Den Lehrplan entrümpeln – jetzt! 10
- ▶ Intensive Vorbereitung der Bundesfrauen auf den Steuer-Gewerkschaftstag: Frauenanteil in manchen Gremien noch zu niedrig 12
- ▶ Verhandlungen wieder aufgenommen: Dringend Verbesserungen im ATV erforderlich 13
- ▶ DSTG-Bundesseniorenvertretung bereitet sich auf Steuer-Gewerkschaftstag vor: Erstmals eigene Anträge 14
- ▶ Nachgefragt bei ... Andrea Sauer-Schnieber 15
- ▶ Tauschcke 16

> dbb

- ▶ nachrichten 17
- ▶ interview: Armin Schuster, Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe 18
- ▶ innere sicherheit – Cyberabwehr: Komplexe Strukturen für digitale Sicherheit 20
- ▶ wehrverwaltung: Nachgefragt bei den dbb Fachgewerkschaften für die Bundeswehrverwaltung 24
- ▶ europa: Chancen und Voraussetzungen einer europäischen Friedenspolitik 26
- ▶ europa: Europäische Sicherheit nach dem 24. Februar 2022 28
- ▶ meinung – Resilienz und Gestaltungsfähigkeit des Staates: Krise? Welche Krise? 30
- ▶ zollverwaltung: Sanktionen gegen Russland und Belarus 31
- ▶ jugend: 100 Tage neue Bundesregierung 34
- ▶ frauen: Frauenrechte in Krisenzeiten 35
- ▶ service 38
- ▶ dbb forum öffentlicher dienst: Beitragssprünge in der privaten Krankenversicherung 42